

## **Aktuelle arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Situation und Perspektiven auf lokaler Ebene<sup>1</sup>**

1.

Im Zentrum der folgenden Ausführungen steht die Frage nach einer eigenständigen Begründung kommunaler Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

In der Vergangenheit wurde der Blick darauf häufig dadurch verstellt, dass die Kommune zwangsläufig „Ersatzhandlungen“ ausführen musste, die durch eine immer weniger aktiv wirksame, bürokratisierte Politik der Bundesanstalt für Arbeit notwendig wurde. Dies bezog sich insbesondere auf aktivierendes und *zielgruppenorientiertes* Handeln außerhalb der Amtsräume. So erscheint es auf den ersten Blick plausibel anzunehmen, kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik werde in dem Maße überflüssig, wie sich das Arbeitsamt vor Ort aktiviert und bewegt. Dass hier nun Bewegung eingesetzt hat, ist unverkennbar, beginnend mit „Arbeitsamt 2000“ und sehr verstärkt mit „Hartz“. Als ein Beispiel sei hier auf die Erfolge des Ausbildungstags am 26. Juni 2003 verwiesen. Es ist also davon auszugehen, dass die Bundesanstalt für Arbeit künftig verstärkt tatsächlich die Aufgaben wahrnehmen wird, die ihr von ihrem Auftrag her zuwachsen. Das ist gut so.

Gestritten wird noch um die Gliedrigkeit und Gliederung künftiger Leistungen und damit auch um die Frage nach der Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der Bundesanstalt für Arbeit vor Ort und den Kommunen oder Kreisen und wie schließlich und endlich *organisatorisch* und *praktisch* das mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe entstehende *JobCenter* die bisher beim Arbeitsamt und bei den Städten angesiedelten unterschiedlichen Kompetenzen bündelt. Vieles hängt in diesem Zusammenhang davon ab, wie das Konzept der „Erwerbsfähigkeit“ definiert wird. Deutlich ist auch, dass die Bundesanstalt künftig das Versichertenprinzip in den Vordergrund stellen wird und von daher - bei knappen Ressourcen - der Förderung der Vermittlung von arbeitsmarktnahen und -fähigen Personen stärkere Aufmerksamkeit widmen wird als „arbeitsmarktfernen“ Zielgruppen.

Wie immer diese Fragen letztlich auf ihrem langen Weg durch den Bundestag, den Bundesrat und vermutlich auch den Vermittlungsausschuss entschieden werden: es dominiert eine Sichtweise, nach der die kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik bislang - nolens volens - diejenige der BA als hauptsächlich Verantwortliche z. T. erheblich *ergänzt* hat. Die Ableitung der Aufgabe kommunaler Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

---

<sup>1</sup> *Diese Argumente wurden u. a. auf der vom Oberbürgermeister der Stadt Dortmund einberufenen Fachkonferenz am 04. Juli 2003 im Rathaus vorgetragen.*

tigungspolitik erfolgte also gewissermaßen aus dem defizitären Handeln der Bundesanstalt für Arbeit, war also nicht eigenständig begründet. Nun kann es durchaus passieren, dass die Kommunen auch in Zukunft ständig oder immer einmal wieder vor die Situation gestellt werden, *arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitisch zu handeln*, weil die BA die Probleme nicht ausreichend löst (oder sogar - wie viele vermuten - strukturell nicht lösen können wird); aber dies wäre immer noch aus dem Umstand abgeleitet, dass die *eigentlich* Verantwortlichen ihre Aufgaben nicht zufriedenstellend lösen.

Dagegen wird hier die Auffassung vertreten, dass die Arbeitsmarktpolitik der BA und die kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik unterschiedliche Begründungen und Aufgaben und unterschiedliche Kontexte haben, was darauf hinaus liefe, dass die kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik gegenüber der BA mindestens *auch* auf ihrer Eigenständigkeit beharren muss.

2.

Kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik begründet sich aus den Erfordernissen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung vor Ort, für die die Kommune aufgrund ihrer Verantwortung für die Daseinsvorsorge und Lebensverhältnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger faktisch *Letztverantwortung* trägt.

## **Beschäftigungspolitik - eine grundständige kommunale Aufgabe**

- Daseinsvorsorge (sozialer Blick)
- Sozialer Zusammenhalt/Lebensqualität (Standort-Blick)
- Potentialförderung (wirtschaftlicher Blick)
- Nicht-gelungene Integration fällt auf die Stadtgesellschaft zurück

Dies führt notwendigerweise zu einer eigenständig begründeten und spezifisch profilierten lokalen Struktur-Bildungs- und Arbeitspolitik, die im Zentrum darauf ausgerichtet sein muss, die *Potentiale für wirtschaftliche Prosperität* umfassend zu fördern. Ein hervorragendes Beispiel dafür ist in Dortmund das *Dortmund-project*, das mit seinem Arbeitsbereich *Menschen und Kompetenzen* diesen Zusammenhang ausdrücklich anerkennt und bedient.

Damit eng verschränkt muss die Kommune für den *Sozialen Zusammenhalt* in der Stadt umfassend Sorge tragen und insbesondere alles zu vermeiden suchen, was zu einer Desintegration von Bevölkerungsgruppen oder deren dauerhafte Randständigkeit führt. Dies ist auch, aber keineswegs nur ein sozialpolitischer Ansatz: fehlender sozialer Zusammenhalt und soziale Desintegration sind klar und eindeutig *negative Standortfaktoren*, weil sie die Lebensqualität der Stadt beschädigen und ihre (in den Personen liegenden) Entwicklungspotentiale unterausgenutzt lassen.

In der Konsequenz bedeutet die Anerkennung dieses Zusammenhangs, dass kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik *einen eindeutigen Schwerpunkt* darin haben muss, jene herauszufordern und zu unterstützen, die beim Aufbau und Erhalt ihrer beruflichen und sozialen Integration besonders gefährdet sind.

Es wird also nicht von einem klassischen sozialpolitischen Fokus geredet, sondern von einem, der ganzheitlich an den Schnittstellen ineinandergreifender Politiken operiert. Dabei kommt aus den genannten Gründen der kommunalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, vielleicht besser sogar: Arbeitspolitik - durchaus eine *Querschnittsaufgabe* zu.

### 3.

Auch aus der Sicht der Bundesregierung und der BA-Reformer ist die Kooperation der Arbeitsämter mit den Regionen ein „Muss“; die Erlasslage ist in dieser Hinsicht eindeutig. Dies wird auch in den Vorschlägen der Hartz-Kommission deutlich. Kommissionsmitglied Günther Schmidt vom WZB formuliert sogar pointiert, dass die regionale Kooperation *ein zentraler* Faktor für den Erfolg der neuen Arbeitsämter sein werde. Sieht und hört man aber genau hin, dann ist aus dieser Sicht die Kooperation in der Region ein Mittel zur Erhöhung der Wirksamkeit der Arbeit der BA. Es handelt sich also um eine dienende Funktion, eine Funktion von Umsetzung.

Hieraus und wohl auch aus der Absicht, lokalen Klientelismus einzuschränken, resultiert auch die vorgesehene Schwächung der Selbstverwaltung. Problematisch wird die Schwächung des regionalen Einflusses auf das Arbeitsamt erst dann, wenn man die Perspektive wechselt, nämlich aus der Region selbst blickt. Denn wird klar, dass es keine Lösung darstellt, auf sicherlich auch vorhandene Schwächen des bisherigen Systems der

korporatistischen Selbstverwaltung vor Ort mit einem bislang weitgehend ungezügelter Zentralismus zu reagieren.

Beachtet werden muss nämlich: Das Arbeitsamt erzeugt aufgrund des großen Umfangs an Mitteln, das es bisher bewegt hat und auch in Zukunft bewegen wird, einen enormen indirekten *Impact* auf die regionale Arbeitsmarktentwicklung, ohne sich planerisch an die Regionen rückbinden zu müssen. Mit diesem enormen *Impact* bleibt das Arbeitsamt ein zentraler Akteur in der regionalen Arena und begegnet hier der eigenständig begründeten kommunalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Dieser Umstand macht es erforderlich, die Aktivitäten des Arbeitsamtes mit den durch die regionalen Akteure artikulierten regionalen arbeitsmarktlichen Handlungserfordernissen sorgfältig *auszutariieren*, wenn man will: *auszuhandeln*, und zwar - wie man so schön sagt: *auf gleicher Augenhöhe* und mit der Perspektive, die Vor-Ort-Aktivitäten des Arbeitsamtes in förderlicher Weise in den *Horizont* kommunaler Arbeitspolitik einzuordnen. Welche *verbindlich wirkenden Formen* hierzu gefunden werden, ist eine *offene, aber drängende Frage*.

4.

Es wird von allen Seiten gesagt, man befinde sich in den Jahren 2003 und 2004 im *Übergang*, zumal in einem Übergang, der durch die Verspätung, mit der die Reformen in Gang gesetzt wurden, besonders turbulent ausfällt. In der erregten öffentlichen Debatte geschieht es nun häufig, dass solche aktuellen Vorgänge mit der Normalität der angestrebten Zielsituation ineins gesetzt werden. Umgekehrt besteht bei vielen Verantwortlichen eine Neigung, in Erwartung, dass es künftig besser werde, mit Verweis auf eine bessere Zukunft vor den aktuellen Verwerfungen „wegzutauchen“ und gewissermaßen zu „überwintern“. Beide einander verstärkende Reaktionsweisen sind problematisch.

Aus langjähriger beruflicher Erfahrung mit Prozessen tiefgreifender sozialer Veränderungen schlage ich dringend vor, sorgfältig zwischen der Phase des Übergangs und dem Zeitpunkt der Erreichung des angestrebten Ziels zu unterscheiden. Denn der „Übergang“ ist nicht einfach eine eher vernachlässigenswerte Überbrückung zwischen Gestern und Morgen, sondern eine eigenständige Phase: was in ihr passiert, hat in vielfältiger Weise Auswirkungen auf die angestrebte Zielsituation. Überspitzt gesagt: ein misslungener Übergang unterminiert das Ziel.

Aus unserer anwendungsorientierten Betriebsforschung wissen wir z. B., dass neue Zielverhältnisse nur dann gut zu erreichen sind, wenn es für die Übergangsphase, die in vieler Hinsicht als offene Situation zu verstehen ist, ausreichende Verfahrenssicherheiten etabliert, so dass der Umbau sozial verträglich verlaufen kann. Im Fall des Umbaus des Arbeitsmarkt-

systems wird durch das Primat der Sanierung der Bundesanstalt eine negative Dynamik in die Übergangsphase gebracht, die das Zielsystem zu beschädigen droht. So, wenn Kürzungen und neue, restriktive Förderkriterien greifen, ohne dass Alternativen schon entwickelt und in Kraft gesetzt wären. Dies gilt für den Bereich der Bildungs-Eingliederungs-Maßnahmen, wo das Risiko greifbar ist, dass mühselig und z. T. mit erheblichen auch kommunalen Mitteln aufgebaute Kompetenzen und Strukturen der Förderung, die die Bildungs- und Maßnahme-Träger repräsentieren, zerstört werden, so, z. B. durch eine verfehlte Umsetzung und damit Diskreditierung des bildungspolitischen Instruments der „Bildungsgutscheine“. Kommunales Bemühen, die Kräfte zusammen zu halten und sie nicht unter problematischen Vorzeichen einer vermeintlichen Marktberreinigung preiszugeben und damit Potentiale zu vernichten, die ggf. noch gebraucht werden, *muss* keinesfalls bedeuten, alles wie gehabt in die Zukunft hinein fortzuschleppen. Es hilft aber, den Übergang sozial sicherer zu machen und Zeit zu gewinnen, den erforderlichen Umbau systematisch und begründet und mit Augenmaß vorzunehmen.

Sich im Übergang gegen die faktische Verschärfung sozialer Schieflagen stemmen, heißt dabei vor allem, den Blick auf jene richten, die zu ihrer beruflichen und sozialen Integration besonderer Unterstützung bedürfen, ohne ihnen die Eigenverantwortung abzunehmen. Es müsste also darum gehen, zu verstetigen, um gemeinsam prüfen und vernünftig umbauen zu können. Zusammengefasst also: es geht darum, den Übergang selbst politisch zu gestalten und ihn nicht einfach geschehen zu lassen.

5.

Die Veränderungen bei der BA beeinflussen also die kommunale Handlungsebene immens; wenn es schlecht geht, dann wird die Kommune auch künftig *ergänzend und abfedernd* tätig sein müssen, ohne hierzu über die bisherigen Instrumente verfügen zu können. Wenn es gut geht, wird eine neue, abgestimmte Arbeitsteilung entstehen, auf deren Basis die Kommune finanziell entlastet und ihr damit ein Teil der verlorenen Handlungsspielraums zurückgegeben wird.

Aber nicht nur der Umbau bei der übergreifenden Arbeitsmarktpolitik betrifft die Stadt, auch das Land NRW wird - soweit erkennbar ist - im Maßstab der Reform der Dienstleistungen am Arbeitsmarkt seine bisherige Arbeitsmarktpolitik überprüfen und verändern.

Das Land hat offenbar die Hoffnung, von jenen aufwändigen und teuren Aktivitäten entlastet zu werden, die sich immer wieder auf die unmittelbare Vermittlung insbesondere arbeitsmarktlich problematischer Zielgruppen richteten, was die Chance zu strategischerer und kenntlicherer, profilierterer Arbeitsmarktpolitik des Landes eröffnen würde.

Auch dies wird erhebliche Konsequenzen für die Kommunen zeitigen, weil damit sehr wahrscheinlich die im Rahmen der regionalisierten Arbeitsmarktpolitik eingespielten Mechanismen der Förderung durch das Land in Frage stehen werden. Nun kann man sich auch in diesem Falle auf eine abhängige Rolle einstellen, oder - wie auch gegenüber dem Arbeitsamt - versuchen, die Handlungserfordernisse, wie sie auf kommunaler Ebene gesehen werden, selbstbewusst zu formulieren und wiederum auf derselben Augenhöhe nach den größtmöglichen Schnittmengen zwischen einer Arbeitsmarktpolitik, die das Land künftig machen möchte und jener, die auf der kommunalen Ebene künftig benötigt wird, suchen - also Eigenständigkeit auch hier.

6.

In offiziellen Verlautbarungen und Reden wird das Motto, unter dem die neue Arbeitsmarktpolitik stehen soll, „Fordern und Fördern“ genannt, und zwar in dieser Reihenfolge. Die auf diese Weise übermittelte Botschaft heißt: wir binden künftig Förderung an eine deutlich sichtbare Bereitschaft zum flexiblen und aktiven Eingehen auf die Erfordernisse des Arbeitsmarkts, *und* wir dulden keinen Missbrauch. Hierfür steht künftig ein ganzer Fächer von Sanktionen zur Verfügung. Unglücklich an dieser Botschaft ist, dass sie zwei miteinander verquickte Missverständnisse provoziert und damit landauf, landab vorhandene Vorurteile und Ressentiments bedient: das eine meint, es gäbe mehr Menschen, die sich drücken und durchschummeln als Leistungsbereite und das andere, wer nur wolle, der fände auch Arbeit. Beides ist falsch, kann aber ein Klima erzeugen, in der jede noch so schlichte Form, die eigenen Interessen zu formulieren und zu vertreten, diskreditiert wird. Besser wäre es, alles zu vermeiden, was Menschen, die sich in einer prekären beruflichen und persönlichen Situation befinden, noch mit einem schlechten Image bestraft, zugleich aber faktisch Missbrauch so weit es eben geht auszuschließen.

## Beschäftigungsfähigkeit entwickeln (1)

- Arbeitsweltbezogene Bildung
- Lernförderliche Arbeit
- Orientierungsfähigkeit stärken
- Übergänge gestalten
- Beschäftigungsfähigkeit durch Beschäftigung fördern

18.07.2003

Dr. Wilfried Kruse

Von daher wäre es besser, die Politik und alle anderen, die sich hierzu äußern, würden das Motto benutzen, das die Hartz-Kommission selbst gewählt hat, um den Zusammenhang von eigenem Engagement und Unterstützung hervor zu heben: *Eigenaktivitäten auslösen - Sicherheiten einlösen*. Hierin drückt sich m. E. gut aus, nach welchem Grundsatz der „Epoche-Wechsel“ von einem umfassenden Wohlfahrtsstaat zu einem aktivierenden Staat (Stichwort u. a. „Individualisierung“) sozialverträglich gestaltet werden könnte. *Beschäftigungsfähigkeit* und *Lebenslanges Lernen* sind in diesem Zusammenhang nur zwei Merkposten für einen Satz an Konzepten und Instrumenten, die wirksam werden könnten.

Deutlich wird damit aber auch: der Handlungsbereich, den die BA künftig exklusiv für sich in Anspruch nehmen möchte, betrifft immer nur einen *Ausschnitt* der Berufs- und Lernbiographien der Bürgerinnen und Bürger umfasst oder betrifft. In Hinblick auf die zentrale Kategorie *Beschäftigungsfähigkeit* wird eine stärkere biographische Orientierung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik nötig. Das wird ja auch mit dem von der EU hereinkommenden Konzept des Lebenslangen Lernens richtigerweise nahegelegt. Das Übergreifende sind also jene lebensweltlichen Verhältnisse, in die die Arbeits- und Lernbiographien eingebettet sind: das Arbeitsamt/JobCenter wird hier immer nur *kurzzeitig* und *punktuell* auftreten und verfügt, wenn alles gut geht, mit den PSAs über eine Art Kurzzeit-Inkubator zurück in Beschäftigung.

## Beschäftigungsfähigkeit entwickeln (2)

- Jobcenter: Kurzzeit-Indikator
- Aufgabe besteht: vor, nach, neben und mit dem Jobcenter
- „Eigeninitiative auslösen - Sicherheiten einlösen“ (HARTZ)
- Besonders im Focus: Arbeitsmarktlich Schwache und Jugendliche mit besonderen Berufsstartschwierigkeiten

18.07.2003

Dr. Wilfried Kruse

Es wird also eine auf Beschäftigungsfähigkeit orientierte Politik *vor, nach und begleitend zu den Aktivitäten der BA* notwendig sein (und folglich geht es um einen ganzheitlichen, integrierten Ansatz, der die wechselseitige Anschlussfähigkeit sichert).

Ins Zentrum der Aufmerksamkeit muss also eine ganzheitliche Qualifizierungspolitik treten, ergänzt und begleitet durch Beratungs- und Stützungsangebote und in Kombination mit der Förderung von Einmündungen und Wiedereinmündungen in Arbeit. Hier ist die Kommune im Sinne einer umfassenden Daseinvorsorge und einer humanressourcen-orientierten Standortpolitik gefordert.



## Beschäftigung aufbauen

- Yacimiento de empleo: Beschäftigung ausgraben
- Verbinden statt Abhängen
- Koppel-Beschäftigung
- Niedrigschwellige Einstiege ohne Sackgassen
- Beschäftigungspolitik wird zur Arbeitspolitik

18.07.2003

Dr. Wilfried Kruse

Der Aufbau von gelingenden Lern- und Arbeitsbiographien, der durch Eigenaktivitäten gesteuert wird, setzt allerdings eine viel engere Verzahnung von Lernen, Arbeiten und sozialem Engagement voraus, als dies bislang in unseren traditionellen, voneinander abgeschotteten Bildungsteil-Systemen der Fall ist. Die Dortmunder Schul- und Jugendpolitik sucht hier schon seit geraumer Zeit vielversprechende neue Wege. Erneuerte Bildungsansätze sind also in einem engen Zusammenhang mit unserer Frage zu sehen und machen - richtig verstanden - Beschäftigungspolitik auch zu einer kommunalen Querschnittsaufgabe. Dabei ist es wichtig, produktive Potentiale und den sozialen Zusammenhalt zugleich zu fördern, weniger dynamische Milieus an dynamischere heranzuführen, Brücken und Übergänge zu bauen, also insgesamt eine städtische *Kultur des Verbindens* (do-connect) zu entfalten.

7.

Hierbei - Thema: eigenständige kommunale Beschäftigungspolitik - kann in Dortmund an viele *starke Faktoren* angeknüpft werden, um das Lähmende zu überwinden, und dies von den *Schnittstellen* zwischen Bildung-Arbeit-Wirtschaft her mit Blick auf die städtische Kultur des Verbindens und Zusammenhalts zu betreiben.

In diesem Feld hat Dortmund ohne Zweifel „Standort-Vorteile“:

- das *dortmund-project*, das die neuen dynamischen Leitsektoren mit dem „Hinterland“ von Technischer Bildung und Technologiezentren vernetzt,

- die leistungsfähigen Berufskollegs haben das Zeug zu regionalen beruflichen Kompetenzzentren,
- die Neuorientierung und Öffnung der Schulen - initiiert und begleitet auch von der Bildungskommission des Oberbürgermeisters und das LernDo-Projekt, das neue Verbindungen zwischen Arbeit und Lernen herstellt, leisten ihre Beiträge.

## Dortmunder Potentiale

- 📖 Yacimiento de empleo: Beschäftigung ausgraben
- 📖 Verbindung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung
- 📖 innovative Ansätze zur Stärkung der Eigeninitiative (lokale Ökonomie)
- 📖 Verhinderung von Vernachlässigung
- 📖 eine vielfältige und leistungsfähige Landschaft von Bildungs- und Beschäftigungsträgern (im Übergang schützen, um das Potential für die Zukunft zu erhalten)
- 📖 hohe Konzentration von Arbeitsforschung
- 📖 eine ausgeprägte Tradition von Kooperation und Konsens

18.07.2003

Dr. Wilfried Kruse

Die *Wirtschafts- und Beschäftigungs-Förderung (WBF)* als städtische Agentur ist in diesem Sinne eine Art „Flaggschiff“ des Zusammendenkens und -wirkens von Wirtschaft und Beschäftigung. Clusterorientierung bei der Potentialförderung nimmt auch hier dasselbe Prinzip auf, wie es für das *dortmund-project* gilt. In diesen Zusammenhang wird die Förderung von Zielgruppen mit besonderen arbeitsmarktlichen Problemen, die Erschließung niedrigschwelliger Einstiege in Arbeit ebenso platziert wie arbeitspolitische Ansätze (Potentiale, Qualifizierung, Arbeitsorganisation, Arbeitszeit, Gender) und dies in Zusammenarbeit mit einer der entwickeltesten Landschaften von Einrichtungen der Arbeitsforschung und -beratung, die es in Deutschland (vermutlich sogar in Europa) gibt. *Urban II* variiert diesen Ansatz unter dem Stichwort „Lokale Ökonomie“ für einen Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf, also in sozial-räumlicher Ausrichtung.

Alles dies sind Elemente einer bisher deutlich konturierten städtischen Politik, die soziale Verlässlichkeit im Strukturwandel zum Ziel hatte und bei der Lebensqualität in den heutigen schwierigen Zeiten immer noch

die kleinräumige Vermeidung von *Vernachlässigung* bedeutet. Im Hintergrund liegt ein *Konsens*, der weit über die bekannten Akteure in die Bevölkerung hineinreicht und sich in vielfältigem bürgerschaftlichem Engagement ausdrückt.

8.

Die städtische Gesellschaft kann, wie wir erleben, nicht aus dem Strukturwandel herausgehalten werden, vielmehr ist sie sogar einer seiner wichtigen Schauplätze. Der Umbau der Stadtgesellschaft ist also unausweichlich. Dortmund verfügt über sehr gute Voraussetzungen, dies in einer Weise zu bewältigen, in der der *Soziale Zusammenhalt* selbst zu einem der wichtigen Produktivkräfte und Standortfaktoren werden kann. Dies bedeutet allerdings: unter der Bedingung knapper Ressourcen müssen Prioritäts-Entscheidungen getroffen und in der städtischen Öffentlichkeit nachvollziehbar gemacht werden. Übergangs- und Umbau-Phase sind deshalb auch immer ein Prüfstein für städtische Demokratie und Bürgerbeteiligung. Aktuell geht es um die Gestaltung des Umbaus oder der Übergangsphase unter Beachtung der Wechselwirkungen, damit die Zukunftsvisionen keinen Schaden durch aktuelle Versäumnisse bei dieser Gestaltungsaufgabe nehmen.

## **Gefordert: eine Strategie des Verbindens**

- verschiedener Politikfelder: „Schnittstellen“
  - z.B.: Bildung und Beschäftigung
  - z.B.: Stadtentwicklung und Beschäftigung
- verschiedener Akteure über die angestammten Milieugrenzen hinweg
- zwischen öffentlichen und privaten Initiativen und bürgerschaftlichem Engagement

18.07.2003

Dr. Wilfried Kruse

Genau in diesem Kontext besteht eine zentrale Herausforderung darin - und das war das Thema der vorliegenden Überlegungen -, die Grundzüge einer erneuerten kommunalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

zu entfalten, die eigenständig und in gleicher Augenhöhe mit dem Arbeitsamt und dem Land agiert.

## Modell Dortmund?

- Dortmund unter Erwartungsdruck
- Schnell *und* sozial trotz Epochenwandels
- Übergang/Umbau als Gestaltungsaufgabe
- Dortmund verbindet

18.07.2003

Dr. Wilfried Kruse

Die kommunalen Akteure müssen hierfür erneuerte *Arbeitsformen* finden, die die Ausarbeitung und das In-Praxis-Setzen eines solchen Dortmunder Modells ermöglichen. Erneuerte Arbeitsformen, die sachadäquat, effektiv, transparent und fair sind, wären einem solchen Dortmunder Modell nicht äußerlich, sondern würden seine Qualität mitbestimmen. Forum für diese Entwicklung könnte eine vom Oberbürgermeister ins Leben gerufene kontinuierlich arbeitende Arbeitspolitikkonferenz sein. Kommunale Handlungsspielräume sind keineswegs auf monetäre im Sinne zusätzlicher Mittel zu verstehen, sondern sie sind vor allem auch Ergebnis einer gemeinsamen Anstrengung, in denen diese Spielräume erarbeitet werden.